

# mitte drin

Ausgabe 02 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Für eine neue Kultur der Beteiligung

In Berlin hat sich in den vergangenen Jahren eine pluralistische Stadtgesellschaft entwickelt. Selbstbewusste und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in verschiedensten Initiativen und Gruppen, sei es in der Flüchtlingshilfe oder in Mieterinitiativen. Sie fordern zu Recht mehr und bessere Beteiligungsformen von der Politik ein.

Oft wird ja behauptet – vor allem wenn es darum geht, profitorientierte Bauprojekte vor Bürgerprotest zu verteidigen – die Bürgerinnen und Bürger seien gegen alles, wollen keine Veränderungen und versuchen nur, ihren eigenen Hinterhof frei zu halten. Aber wer hat denn bitte mal versucht, die Berlinerinnen und Berliner ernsthaft einzubeziehen und Partizipation wirklich zu ermöglichen?

Die zahlreichen Nachverdichtungsprojekte können für einen solchen Dialog genutzt werden. Was spricht dagegen, angesichts der Wohnungsnot und steigender Mieten die Ideen und Vorschläge derer einzubeziehen, die davon betroffen sind? Welche Lösungen

kann es geben, damit Menschen in ihren Kiezen und in bezahlbaren Wohnungen bleiben können? Ist es denn wirklich notwendig und erstrebenswert, dass wir wie im 19. Jahrhundert dicht an dicht Wohnungen bauen, die weder Licht noch frische Luft bieten?

Fragen wir die Menschen, welche Defizite in ihrem Wohngebiet konkret da sind, zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung oder bei Räumen für gemeinsame Aktivitäten. Wenn wir mit den Bürgerinnen und Bürgern reden, werden Ideen auf den Tisch kommen, die Politik und Verwaltung jetzt noch gar nicht auf dem Schirm haben.

Projekte, die gemeinsam erarbeitet werden, werden auch von der Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner mitgetragen. Das Haus der Statistik ist ein solches Projekt. Es kann ein Ort für Geflüchtete, Künstler und Verwaltung gleichzeitig werden – aber darüber muss man miteinander reden.



Carola Bluhm

Mit der Stadtdebatte über die Gestaltung der Berliner Mitte hat sich gezeigt, wie viel Kompetenz, Engagement und Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern da ist. Und dass sie bereit sind, sich richtig Arbeit zu machen, damit es besser wird. So viele Vorschläge für eine bessere Aufenthalts- und Lebensqualität sind bei der Stadtdebatte gemacht worden. Aber der Raum zwischen Alex und Spree ist geblieben wie er war – nichts hat sich verändert. Was sollen die Menschen davon halten? Die rot-rot-grüne

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Könnte Berlin zur "Werkstatt der Einheit" werden?

Arthur Paul hat darüber nachgedacht. Er hat Chancen und Risiken auf die Waage gelegt, hat sie in Beziehung gesetzt zu aktuell geäußerten Ansichten und Absichten, und er hat sie vorsichtig gemessen an ersten Handlungen in der Berliner Politik. Geht's?

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

### RTgG – nie gehört. Is'n det? Muss man det kennen?

Man sollte! Der "Runde Tisch gegen Gentrifizierung" ist ein wichtiger Mietertreff in Moabit. Ziel: Keine weitere Verdrängung der Mieter aus den Kiezen ins städtische Abseits! Rainer Scholz fragte Susanne Torka von der Initiative „Wem gehört Moabit?“

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

### Mittes BVV ging mit flottem Start in das neue Jahr

Es gab Vieles zu beraten und zu beschließen. Andreas Böttger u.a. über Anträge der LINKEN zum Umgang mit Obdachlosen und über die Praxis des Bezirksamts bei Anträgen auf Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Alle 334 Anträge wurden genehmigt.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

### Mit welchen Positionen tritt DIE LINKE zu den Bundestagswahlen 2017 an?

Basistreffen zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms mit

Christina Kaindl, Bereichsleiterin Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand

Am 22. Februar, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses

(Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

# DIE LINKE.

## Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

## Umgang mit Obdachlosen

**Die Bezirksverordnetenversammlung stimmte im Januar gegen die Stimmen von CDU und AfD für einen Antrag der Linksfraktion.**

Wenn Obdachlose geräumt werden sollen, müssen zukünftig Sozialarbeiter hinzugezogen werden. Falls es zu einer Räumung kommt, sollen ihr Besitz und ihre Papiere aufbewahrt werden. Damit reagierten wir auf an uns herangetragene Berichte, dass, wenn es zu Räumungen von Obdachlosen kommt, diese dabei ihr Eigentum verlieren.

Zudem gab es auf der Sitzung drei weitere Anfragen und drei Anträge zum Thema Obdachlosigkeit. Ein Auslöser dafür war, dass das Mitglied des Abgeordnetenhauses Isenberg (SPD) in seinem Wahlkreis im Hansaviertel Anwohner aufgefordert haben soll, Druck auf umliegende Geschäfte auszuüben, damit diese keine Obdachlosen bedienen. Daraufhin hat die Rewe-Filiale am Hansaplatz der Obdachlosehilfe untersagt, ihren Parkplatz für die Essensausgabe zu nutzen. Unserem

Antrag, keine Verdrängungspolitik am Hansaplatz zu betreiben, stimmten dann auch alle Parteien außer der CDU (Enthaltung) zu.

### Milieuschutz

Seit Mai 2016 gibt es im Bezirk fünf Milieuschutzgebiete. Das Bezirksamt gab auf unsere Frage hin zu, dass alle 334 Anträge auf Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigt wurden. In keinem Fall prüfte das Bezirksamt sein Vorkaufsrecht.

Die 100%ige Genehmigungsquote liegt daran, dass das Milieuschutzgesetz erlaubt, dass solange der Eigentümer sich verpflichtet, die Wohnung in den nächsten sieben Jahren nur an den aktuellen Mieter zu verkaufen, die Wohnung in Wohneigentum umgewandelt werden darf. Was mit der Wohnung geschieht, wenn der aktuelle Mieter zwischenzeitlich auszieht, konnte Stadtrat Gothe (SPD) nicht sagen.

Diese Ausnahme im Gesetz will die Rot-Rot-Grüne Berliner Landesregierung mit einer

Bundratsinitiative streichen, um den Milieuschutz als Instrument effektiver zu gestalten.

### Erfolgreiche Anträge

Unser Antrag, die Anwohner und Gewerbetreibenden bei der anstehenden Sanierung des Ufergehweges im Nikolaiviertel einzubeziehen, wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

Zudem wurde unser Antrag zur Umwandlung der Parkplätze in Anwohnerparkplätze auf der Fischerinsel beschlossen, sowie dass sich das Bezirksamt auf Senatsebene dafür einsetzt, ein Drogenpräventionsprojekt für die Heinrich-Heine-Straße zu entwickeln.

Andreas Böttger



Andreas Böttger

## Aus dem Amt

## Was ist eigentlich das Amt für Bürgerdienste?

**In meine Zuständigkeit als Stadträtin fällt auch das Amt für Bürgerdienste.**

Dabei denken alle sofort an die Bürgerämter, über die in den letzten Monaten und Jahren dauernd wegen der langen Wartezeiten berichtet wurde.

Zum Amt für Bürgerdienste gehören auch der Bereich Wohnen (Zweckentfremdung und Wohnungsbindung) und die Einbürgerung sowie das Standesamt. Insofern ist das Amt für Bürgerdienste von der Geburt eines Kindes, den Erhalt eines WBS, Heirat oder Verpartnertung, Personalausweis, Einbürgerung und Sterbeurkunde an vielen wichtigen Lebensthemen der Menschen im Bezirk beteiligt.

Einige Daten zur Einbürgerung: Berlin ist zwischen 2011 und 2015 um 183.042 Menschen gewachsen. Der Bezirk Mitte wuchs um 30.084 Personen (16,44 %). Davon waren 72% Menschen nichtdeutscher Herkunft. Man kann sich vorstellen, dass die Anzahl potenzieller Einbürgerungsbewerber\*innen

entsprechend ansteigt. Durch die politischen Entwicklungen in der Türkei oder in Großbritannien gibt es viele weitere Menschen, die für sich gute Gründe sehen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Das führt zu langen Wartezeiten. Einbürgerungsverfahren sind durch die erforderliche Beteiligung anderer Behörden, wie Bundeszentralregister, Jobcenter, Polizeipräsident, sehr aufwändig und müssen innerhalb einer bestimmten Frist abgeschlossen sein. Daher muss man zur Zeit lange auf einen Termin zum Beginn des Verfahrens warten, da nur so viele Verfahren begonnen werden wie innerhalb einer bestimmten Frist abgearbeitet werden können.

Das wäre anders, wenn es mehr Personal in den Bezirksämtern dafür gäbe.

Die Entwicklung in den Bürgerämtern belegt diese simple Gleichung: gab es vor einiger Zeit noch Wartezeiten von 8 Wochen, sind wir in Mitte nun bei 4 Wochen angekommen. Das

ist im Vergleich ein Fortschritt, auch wenn man bedenkt, dass innerstädtische Bürgeramtsstandorte aufgrund der berlinweiten Zuständigkeit der Ämter besonders nachgefragt sind. Natürlich wollen wir letztlich bei den zwei Wochen ankommen, die im Koalitionsvertrag stehen.

Aber: ohne ausreichendes Personal ist das nicht zu schaffen, das gilt auch für die Standesämter und die Einbürgerung und den Bereich Wohnen. Das Bezirksamt wird das bei seinen Planungen für den Haushalt 18/19 beachten. Letztlich muss die Kehrtwende und die Abkehr vom Personalabbau in den Bezirken auf Landesebene vollzogen und der Koalitionsvertrag eingelöst werden.

Dr. Sandra Obermeyer



Dr. Sandra Obermeyer

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

### Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

### Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

### kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebnecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

## Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

# Sigmund Jähn wird 80 Jahre alt

**„Dringendste Aufgabe der Menschheit: die Erde für künftige Generationen bewahren.“**

**A**m 13. Februar vor 80 Jahren wurde Sigmund Jähn im Vogtland geboren. Der gelernte Buchdrucker war der erste Deutsche im Weltraum.

Im Jahr 1976 wurde Sigmund Jähn für das Interkosmos-Programm ausgewählt. Interkosmos wurde im Jahr 1967 zwischen der Sowjetunion und zehn weiteren sozialistischen Staaten gebildet. Es diente der friedlichen Erforschung des Weltraums und ermöglichte es erstmalig, dass Menschen, die nicht aus der Sowjetunion oder den USA stammten, in den Weltraum fliegen konnten.

Die Sowjetunion stellte dabei die Raketen und die Sojus-Raumschiffe, die anderen Staaten sollten für ihre Interkosmos-Missionen eigene Geräte, Messinstrumente und Anlagen entwickeln.

Am 26. August 1978 startete der dritte bemannte Raumflug des Interkosmos-Programmes zur Raumstation Salut 6 mit dem Kosmonauten Sigmund Jähn an Bord. Die Mission galt wissenschaftlich als sehr erfolgreich und einige in der DDR hergestellte Geräte bewährten sich, wie die Multispektralkamera MKF 6.

Jähn blieb der einzige Kosmonaut der DDR im Weltraum. Nach seiner Raumfahrtmission wurde er stellvertretender Leiter des Zentrums für Kosmische Ausbildung und 1983 promovierte er auf dem Gebiet der Fernerkundung der Erde. Seit 1990 arbeitet er als freier Berater

für das Astronautenzentrum des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und seit 1993 für die European Space Agency.

Aktuelle Entwicklungen in der Raumfahrt, wie z.B. den Weltraumtourismus, sieht Jähn kritisch: „Zum Schutz der Atmosphäre ist es



ein Unterschied, ob man 50 oder 5000 Raketen hoch schießt. Spacetrips aus reinem Spaß oder bloßer Profitgier lehne ich ab“, sagte er 2006 bei einer Konferenz in Prag.

In den letzten Jahren ist weltweit die Weltraumforschung immer mehr in den Hintergrund gerückt. Weltraumtourismus, Space-Mining (Ressourcenabbau auf Asteroiden) und die Militarisierung des Weltraums rücken immer mehr in den Fokus der Entwicklung. Zwischen den USA, China und Russland gibt es seit 2007 ein Wettrüsten auch im All. Die Aufforderungen Chinas und Russlands, ein internationales Abkommen zu schließen, um die Militarisierung des Weltraums zu verbieten, wurden von den USA ignoriert, die auf ihr Recht auf Selbstverteidigung im Weltraum bestehen.

Wäre es da nicht besser, wenn man sich an Jähns Ausspruch halten würde:

„Schon vor meinem Flug war mir bewusst, wie klein und verletzlich unser Planet ist. Aber erst als ich ihn vom Weltraum aus sah, in all seiner unglaublichen Schönheit und Zartheit, erkannte ich: Die dringendste Aufgabe der Menschheit besteht darin, für die Erde liebevoll zu sorgen und sie künftigen Generationen zu bewahren.“

**Andreas Böttger**



Fortsetzung von Seite 1: **Für eine neue Kultur der Beteiligung**

Koalition ist entschlossen, das zu ändern. Mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist dringend nötig. Allerdings wäre es auch falsch zu suggerieren, dass Beteiligung zwingend zur Folge hat, dass alle Wünsche in Erfüllung gehen. Schon gar nicht in einer

Stadt, in der die verschiedenen Interessen unterschiedlichster Gruppen oftmals weit auseinanderliegen. Als Koalitionsfraktion sind wir als Linke jetzt gefordert, Formate zu entwickeln, um eine ehrliche und ernsthafte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu

ermöglichen. Auf unserer Fraktionsklausur im Februar werden wir uns intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.

**Carola Bluhm**  
Fraktionsvorsitzende Linksfraktion  
im Abgeordnetenhaus

# Neues von der Investorenfront

## “Wem gehört Moabit?“ und Runder Tisch gegen Gentrifizierung (RTgG)

### Interview mit Susanne Torka

Warum hat die Initiative „Wem gehört Moabit?“ 2009 eine Fragebogenaktion zur Hausbesitzer-Struktur in Moabit gestartet? Ging es nur darum, herauszufinden, wem Moabit eigentlich gehört?

Der Anlass war, dass internationale Investoren ganze Wohnkomplexe z.B. an der Lehrter Straße aufgekauft hatten. Die Datenerhebung, welche

verhindern“, „Hände weg vom Wedding“ und andere teilnehmen. Die Eigentümer wollen die Wohnungslosen mit einer Räumungsklage zwingen, das Haus zu verlassen. Bei der derzeitigen Konkurrenz um preiswerten Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt bedeutet dies praktisch ein Entlassen in die Obdachlosigkeit. Es gab keinerlei Gesprächsbereitschaft seitens der Eigentümer mit Betroffenen und Unterstützern.



Kundgebung  
„Berlichingen 12 bleibt!“  
vor dem Büro der Eigentümer  
Foto: „Zwangsräumung verhindern“

Häuser internationalen Fondsgesellschaften, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Einzeleigentümern gehören, war nur der Anlass, Mieter\*innen auf Verdrängung durch Aufwertung und Mietsteigerung (sogenannte Gentrifizierung) aufmerksam zu machen und zum Engagement zu ermutigen.

Zunächst war doch aber Datensammeln angesagt?

Das Auswerten der Fragebogenaktion mit Webformularen und Flyern hat bis Mitte 2011 gedauert. Viele wünschten sich eine Ausweitung auf ganz Moabit. Das wollten wir nicht und haben uns stattdessen an den regelmäßigen Treffen des RTgG beteiligt. Eine andere Gruppe hat die Gründung einer Genossenschaft betrieben. Jetzt gibt es die interaktive Crowd Map Moabit (<https://moabit.crowdmap.com>). Bei den Treffen berichten Mieter aus ihren Häusern, z.B. über Modernisierungs-Absichten, Leerstand usw.

Als die Wohnungslosen der „Berlichingen 12“ auf die Straße gesetzt werden sollten, habt ihr euch mit kreativen Aktionen, Flugblättern und Kundgebungen für sie eingesetzt.

Es gibt eine Unterstützerguppe für die B 12, an der Leute vom Bündnis „Zwangsräumungen

Im Sommer haben sie zeitweise die Wasserzufuhr unterbrochen. Jetzt im Winter setzten sie noch eines drauf und unterbrachen die Gasleitung. Die Männer waren wochenlang ohne Heizung und Warmwasser.

Mit welchen anderen Aktionen könnt ihr die Interessen der Kiezbewohner vertreten oder auch die Initiative bekannter machen?

Wir organisieren z.B. „Kiezspaziergänge“, bei denen sich jedes Mal viele Bewohner getroffen haben. Wir besuchen Häuser, aus denen uns Probleme zu Ohren gekommen sind, dann erzählen Mieter häufig selbst. Dabei geht es u.a. um überbeuerte Modernisierungen, Umwandlung in Eigentumswohnungen und Verdrängung aus dem Kiez.

Über einen geradezu haarsträubenden Fall haben wir übrigens in „mittendrin“ schon mal berichtet. Da ging doch tatsächlich ein „Mieterberater“ durchs Haus und erklärte den Leuten, für sie wäre es das Beste, möglichst umgehend wegzuziehen, da sie die extrem hohe Miete nach umfassender Modernisierung ohnehin nicht mehr zahlen könnten.

Das war die Zwinglistraße 36. Ein Haus im Sanierungsgebiet Turmstraße.

Das Interview führte Rainer Scholz

## Kurznachrichten

### ► Immer mehr Beschäftigte brauchen mehr als einen Job

Mitte 2016 waren über drei Millionen Beschäftigte mit mehr als einem Job tätig – so viele wie noch nie seit 2003. Bei einer Gesamtzahl der Beschäftigten von 36,5 Mio. entspricht das 8,6 Prozent. Die größte Gruppe der Betroffenen – 2,6 Mio. – waren Sozialversicherte mit mindestens einem zusätzlichen Minijob. Sie konnten offenbar ihren Lebensunterhalt mit ihrem „normalen“ Einkommen nicht bestreiten.

### ► Rechtsextremisten in Deutschland verzeichnen Zulauf

Gegenwärtig werden der Szene etwa 23.000 Personen zugerechnet, von denen die Hälfte als gewaltorientiert gilt. Zu ihrem Feindbild gehören „Flüchtlinge“ und der „Islam“. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren ständig gewachsen, schreibt der „Tagesspiegel“, der sich auf Sicherheitskreise beruft.

### ► 2,7 Millionen Tonnen Süßes für 8 Milliarden Euro

Soviel haben deutsche Leckermäulchen im vergangenen Jahr den Herstellern abgekauft und denen damit wiederum einen deutlichen Gewinnzuwachs beschert. Süßes aus Deutschland wird auch in der EU gern vernascht. Die Hälfte der Gesamtproduktion wurde 2016 dorthin exportiert.

### ► Alles möglich zwischen 4.545 und 2.036 Euro pro Monat

Nach statistischen Angaben sind die durchschnittlichen monatlichen Einkommen (Brutto) sehr unterschiedlich übers Land verteilt. Danach liegt die Stadt Wolfsburg mit 4.610 Euro an der Spitze – klar, da wiegen die VW-Vorstandsgelöhner – ähnlich im zweitplatzierten Ludwigshafen mit seinen Chemiekonzernen – immerhin 4.491 Euro. Die betrübnlichsten Zahlen liefern die östlichen Bundesländer – Vorpommern-Rügen mit 2.057 Euro, und als Schlusslicht der Erzgebirgskreis mit 2.036 Euro.

## Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

[info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

## Bei anderen gelesen

### ► Und wieder wird die eigene Schuld ignoriert

Die durchgängige Feindbildproduktion in allen Bereichen – wie heute schon wieder gegen Russland – und der pathologische und allgegenwärtige Antikommunismus auf der einen und eine völlig verfehlte Gesellschaftspolitik auf der anderen Seite, die alle guten Vorsätze von 1945 missachtet, haben uns erneut in eine ähnliche Sackgasse wie 1933 geführt. Damals hieß es im Ahlener Programm der CDU (1947), der Kapitalismus sei den Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Und heute tut man wieder so, als hätte man von alledem nichts gewusst und ignoriert wieder die eigene Schuld, die man dadurch auf sich geladen hat.

*Lesermeinung von Ludwig Schönenbach, Bremen, in „Neues Deutschland“, 17./18.12.2016*

### ► Stoppt die Waffenexporte

Mit seinen Waffenlieferungen schafft Deutschland jene Fluchtursachen, die es angeblich bekämpft. Es gibt Grenzen des Wachstums- und Profitdenkens. Wir haben die Welt viel zu lange mit unseren Waffen vergiftet. Es ist Zeit, diese widersprüchliche und zynische Politik zu beenden und jegliche Rüstungsexporte einzustellen – zumindest außerhalb der EU und des Nato-Verbundes.

*Markus Feldenkirchen in „Der Spiegel“ Nr. 51 vom 17.12.2016*

### ► Das Unbehagen in der Demokratie

„Der große Trick des Westens ist, dass man den Kapitalismus in Demokratie umgetauft hat. Für mich gibt es keine wirkliche Demokratie, sondern es gibt die Herrschaft der Geldwirtschaft. Ein System, das aus allem Menschlichen einen Markt macht, kann nicht human sein. Insofern wird es immer wieder antikapitalistische Bewegungen geben, die vielleicht auch eines Tages erfolgreich sein werden“ sagte in einem Gespräch mit Jana Frielinghaus im August 2016 der Schriftsteller und ehemalige Bundestagsabgeordnete Dieter Lattmann.

*„RotFuchs“ Nr. 227 Dezember 2016*

### ► Ein krankes Haus

Der Klinikkonzern Asklepios hat sich den Ruf eines gnadenlosen Renditetreibers erarbeitet, der Gewinne auf dem Rücken von Ärzten, Pflegern und Patienten macht. Er ist auch ein Sinnbild für das Versagen der Gesundheitspolitik. Sie zwingt Krankenhäuser, Profit zu machen. Weil sich die Politik um ihren Teil der Finanzierung einfach drückt. Medizin ohne wirtschaftlichen Druck gibt es deshalb in keinem Krankenhaus mehr, egal ob öffentlich, gemeinnützig oder Teil eines privaten Konzerns. Die Verwerfungen eines durch und durch ökonomisierten Gesundheitswesens.

*„Der Spiegel“ Nr. 51 vom 17.12.2016*

## Menschen in Mitte

# Kadriye Karci – ein wechselvolles Leben, noch viele Wünsche

**Kadriye Karci kann jetzt schon auf ein wechselvolles Leben zurückblicken. Mit 55 aber hat sie noch viele Wünsche und große Träume.**

1961 im westanatolischen Salihli geboren, studierte sie nach dem Abitur in Izmir Architektur und danach in Istanbul Jura. Als Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei musste die Tochter eines LKW-Fahrers und einer Hausfrau das Studium abbrechen und 1985 in die DDR ins Exil gehen. „In Wismar erlernte ich die deutsche Sprache und ging zum Studium der Philosophie an die Berliner Humboldt-Universität.“ 1992 konnte sie in ihre Heimat einreisen, um dort ihr abgebrochenes Studium zu beenden und Diplom-Rechtswissenschaftlerin zu werden.

„Da endlich konnte ich anfangen, mein Wissen aus den unterschiedlichsten Studienrichtungen anzuwenden, wurde Projektmitarbeiterin bei der Türkischen Gemeinde Berlin-Brandenburg (TBB), bei der Arbeiterwohlfahrt und schließlich freiberufliche Mitarbeiterin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.“ Inzwischen war sie Mitglied der PDS geworden, saß bald im Berliner Landesvorstand und ab 2010 im Abgeordnetenhaus, belegte dort den Nachfolgeplatz für Carola Bluhm, die Senatorin geworden war.

In der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) konzentrierte sich Kadriye auch als Projektmanagerin im Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit – klar – auf ihr Geburtsland Türkei. „Zu meiner Freude wurde das Vorhaben an mich herangetragen, in Istanbul eine Niederlassung der Stiftung zu eröffnen“, sagt sie. „Unser jahrelanges Ringen dort mit Behörden, an der Spitze das Innenministerium und das Europaministerium, um die Zulassung war letztendlich erfolglos, unsere Präsenz wurde mit `nicht notwendig` abgelehnt.“ Darüber ist sie noch heute enttäuscht.

„Natürlich war das eine politische Entscheidung, Ausdruck der zunehmend antidemokratischen Entwicklung unter Erdogan“, betont die Entschlossenheit ausstrahlende Frau. „Trotzdem bin ich dagegen, dass die EU die Beitrittsverhandlungen abbricht“, erklärt sie energisch. „Die türkischen Demokraten brauchen deren Rückhalt, so auch die Beobachtung durch den Europäischen Gerichtshof.“

In Berlin unterstützt Kadriye Karci ehrenamtlich von der RLS aus Projekte in der Türkei wie Amnesty International, den größten Gewerkschaftsverband DISK und den



Traum Rechtsanwältin für Kinder

Verein für soziale und ökologische Rechte, der sich gegen die Privatisierung des Wassers engagiert. Seit August vergangenen Jahres ist sie arbeitslos. Die freie Zeit nutzt sie, um Solidarität mit verfolgten Demokraten und Andersdenkenden in der Türkei zu organisieren und sich für Flüchtlinge in Berlin einzusetzen.

Zielbewusst arbeitet Kadriye an ihrem großen Traum, als Rechtsanwältin eine eigene Praxis zu eröffnen, dabei vorrangig die Rechte von Kindern zu vertreten. Dafür qualifizierte sie sich weiter und lernt Englisch. „Und einmal nach Feuerland an der Südspitze Südamerikas reisen, dort die Magellan-Pinguine, Seevögel und Robben aus nächster Nähe beobachten, das wünsche ich mir schon lange.“ Für die kommenden Jahre drücken wir ihr die Daumen.

Matthias Herold

## Wetterwechsel zum Guten

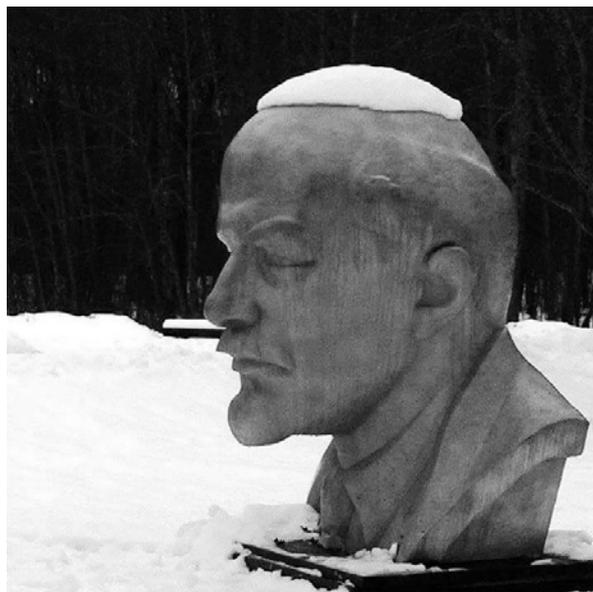
**Ich teile gern der Leute gute Laune, wenn plötzlich die Sonne unter blauem Himmel gleißt. Eine Frau rennt in mich hinein. Wir lachen. Sonnenhut täte gut. Noch ist Januar. Auffallen würde ich nicht. Rundum und zwischen Rosenthaler Platz bis Invalidenstraße herrscht gerade Fashion Week.**

Als imposante Location firmiert das 1904 gebaute Warenhaus Jandorf, später DDR-Modeinstitut. Nach traurigem Leerstand garniert momentan Kleidung die großen Schaufenster. Man drückt sich zwar nicht die Nasen platt, aber sieht hin. Schöne Menschen flanieren auch in weißen Sommerschuhen durch die Gegend. Abends sind die Restaurants übertoll, an den Ecken drängt es. In der Brunnenstraße strahlt eine große Wand kandinskyfarben. Daneben das letzte leere Baugrundstück der Gegend. Die öffentliche Werbung für Potsdams Klassiker der Moderne ist schön. Das neue Barberini-Museum lockt bis Ende Mai mit Liebermann, Munch, Nolde, Kandinsky. Dank privater Spender ist das kriegszerstörte, später plattgemachte Palais gleichen Namens herrlich auferstanden, die Kunst kommt

aus Privatsammlungen, der DDR und ist deutsche Moderne.

Schon vergessen habe ich Neujahr und böllernde Raketen. Danach braute sich politischer Krach zusammen. Jetzt traf ich junge Leute aus Mitte, die nicht wussten, dass wir eine neue Regierung haben. Sie suchten Starbucks's Rosenthaler Straße, direkt an den Hackeschen Höfen, aber das gibts nicht mehr. Ich habe „distrikt mot“ entdeckt, Saigon Streetfood in der Rosenthaler Straße, schräg gegenüber vom versteckten Chen Che, wo es sommers im exotischen Garten blüht und zirpt. „District mot“, mit Akzent auf dem O, Saigons Distrikt Nummer 1, erklärt der kleine Kellner. Hier isst und sitzt man authentisch, Ambiente und Angebot sind so gut, dass abends in langer Schlange bis vor die Tür auf Plätze gewartet wird.

Völlig überlaufen ist auch „Frau Luna“ im TIPI am Kanzleramt. Meine wunderbaren Freunde kauften rechtzeitig Karten für den



Eiskalte Zeiten für Lenin inmitten Berlins

Foto: Irene Runge

Schmiss mit Schnauze. Wir beklatschten Schlösser im Mondenschein und Berliner LuftLuftLuft, fanden komisch, dass draussen ein Taxifahrer ins Handy schrie: „Wattt willstste denn, Mannn?“

Soviel Berliner Lokalklang gibt es selten.

Für `ne kleene Molle war es leider zu spät.

**Irene Runge**

## Was gibt es Neues in der Alten Münze?

**Von Barock bis Industriearchitektur, von Stadtgeschichte bis zu moderner Kunst – die Alte Münze am Molkenmarkt bietet eine der interessantesten Mischungen im historischen Zentrum.**

Eine Berliner Münzprägestätte ist bereits für 1280 bezeugt. Der heutige Standort wurde ab 1936 für die Deutsche Reichsmünze errichtet, wobei das Schwerinsche Palais von 1704 und eine Kopie von Johann Gottfried Schadows Münzfries integriert wurde. In der DDR prägte hier der VEB Münze Mark- und Pfennigstücke. Später folgten D-Mark und Euro bis die Staatliche Münze Ende 2005 nach Reinickendorf umzog.

Seitdem hat sich die Alte Münze zum gefragtsten Ort für Kultur und Startups entwickelt. Die „Spreewerkstätten“ erschlossen nach und nach die Räumlichkeiten und gewannen Mieter wie den Technomusiker Ferdinand Dreyssig, die Neonkünstlerin Olivia Steele oder den Hersteller von Fair-Trade-Limonade Lemonaid.

Die im April 2016 beschlossene bauli-

che Verdichtung wird den Molkenmarkt näher an die Touristenströme des Stadtzentrums heran führen. Damit ist die denkmalgeschützte und sanierungsbedürftige Alte Münze in den Blick der Kulturpolitik gerückt. Der Trompeter Till Brönner plant, etwa die Hälfte der Flächen zu einem „House of Jazz“ zu entwickeln. Dafür bekam er im November Unterstützung vom scheidenden Kulturstaatssekretär Tim Renner sowie vom Haushaltsausschuss des Bundestags, der mit 12,5 Millionen Euro die Hälfte der Sanierungskosten bewilligte.

Doch die Spreewerkstätten hatten bereits im Mai gemeinsam mit dem Musikproduzenten-Netzwerk Riverside Studios und dem Architekturbüro uno Partner ein eigenes Konzept vorgelegt: Unter dem Namen „Haus of Berlin“ wollen sie die Alte Münze zu einem Zentrum



Alte Münze mit neuen Offerten

der Kreativwirtschaft weiterentwickeln, das sich durch die Einbindung finanzstärkerer Mieter selbst tragen soll. Der Senat gab hierzu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag.

Mittlerweile aber ist das Kulturreisort von der SPD zur LINKEN gewechselt. Senator Klaus Lederer begrüßte in einem Tagesspiegel-Interview vom 29. Dezember die Bundeshilfe zur Sanierung, stellte aber klar, dass die Entscheidung über die Nutzung beim Land Berlin liegt: „Eine Konzeptvorgabe akzeptieren wir nicht.“

**Markus Wollina**

# Das Haus der Jugend im Wedding wird endlich saniert

**Rund 9 Millionen Euro sollen für die Sanierung des Hauses in der Reinickendorfer Straße 55 ausgegeben werden.**

In dem 1951 erbauten Haus der Jugend am Nauener Platz konnten zuletzt nur noch Notreparaturen durchgeführt werden; es stand kurz vor der Schließung. Abgenutzte Böden, undichte Fenster, marode Klos und verschlissene Elektroleitungen machen eine komplette Sanierung vom Keller bis zum Dach notwendig.

4,8 Millionen Euro werden vom Senat und Bezirk locker gemacht, hinzu kommen 3,9 Millionen Euro aus einem Bundes-Sanierungsprogramm. Das zur Verfügung gestellte Geld muss bis einschließlich 2018 verbaut sein. Um zügig fertig zu werden, wird während der Bauzeit das gesamte Haus geschlossen.

Die Projekte, Arbeitsgruppen und Workshops des dreigeschossigen Freizeithauses sollen bis März umziehen. Auch das angrenzende Bürogebäude des Jugendamtes

und das Familienzentrum müssen für die Sanierung geräumt werden.

Bisher mussten Rollstuhlfahrer die Treppe hinaufgetragen werden, wenn sie in den großen Veranstaltungssaal wollten. Jetzt erhält der Saal durch einen Fahrstuhl im Extragebäude auf der Hofseite einen barrierefreien Zugang. Außerdem bekommt der Veranstaltungssaal einen Backstagebereich über einen Durchbruch zum angrenzenden Gebäuderiegel.

Für die Bauzeit hat das Jugendamt rechtzeitig Ersatzstandorte gefunden, nämlich in der Liebenwalder Straße 2-3. Das ist nur wenige Meter entfernt vom Haus der Jugend. Die meisten Kurse und anderen Angebote können dort weitergeführt werden, auch das Familienzentrum. In der Reinickendorfer Straße 45 - also ebenfalls nicht weit vom Nauener Platz entfernt - wird es in einem

leer stehenden Laden einen weiteren Ersatzstandort mit mehreren Räumen geben.

In normalen Zeiten kommen jede Woche ungefähr 1500 Besucher in das Haus der Jugend. Es wird von 70 Partnern - Vereine, Projekte und Initiativen - genutzt. Das sind Musik- und Tanzgruppen, Koch- und Backkurse, Bastel- und Werkstattprojekte, Beratungen z.B. im Jugendrecht und vieles mehr. Wie der Leiter, Marcus Lehmann, sagt, soll das sanierte Haus der Jugend im Frühjahr 2019 wiedereröffnet werden.

**Rainer Scholz**



Haus der Jugend, Reinickendorfer Straße 55

Foto R.S.

© neuagraf.de

Fr, 24.2. WABE und Jugendtheateretage »Enkel und anderes Folk – Umbrüche in den 70ern« Ausstellung, Gespräch, Liederkin, Konzert – Reinhold Andert, Conny Gundermann, Steffen Mensching, Bernd Rump, Wolfgang Leyn, Elke Schmeckenbecher u.a. Sa, 25.2. 19 Uhr WABE Konzert »Imagine – Musik statt Krieg« Tino Eisbrenner, Alexandra Arbatskaja, Olga Salesskaja So, 26.2. 15 Uhr Jugendtheateretage Konzert »Liederpodium« FloBër, Günter Hornberger u.a. • 19 Uhr WABE Konzert »Liederbestenliste präsentiert« Danny Dziuk, Nadine Maria Schmidt, Simon & Jan

Vorabnehmer: Lied und soziale Bewegungen e.V. • www.musikpolitik.de • www.rockradio.de • Stand: 24.10.2016 • Änderungen vorbehalten!

**Festival Musik + Politik**

24.-26.2.2017 Berlin  
WABE, Jugendtheateretage

»Enkel und anderes Folk – Umbrüche in den 70ern« Ausstellung, Gespräch, Liederkin, Konzert – Reinhold Andert, Conny Gundermann, Steffen Mensching, Bernd Rump, Wolfgang Leyn, Elke Schmeckenbecher u.a.

»Imagine – Musik statt Krieg« Tino Eisbrenner, Alexandra Arbatskaja, Olga Salesskaja

»Liederpodium« FloBër, Günter Hornberger u.a.

»Liederbestenliste präsentiert« Danny Dziuk, Nadine Maria Schmidt, Simon & Jan

**Festival Musik + Politik**

24.-26.2.2017 Berlin  
WABE, Jugendtheateretage

## Das ist das Letzte

Werden die ersten Klagelieder aus dem rot-rot-grünen Rathaus zum Grabgesang dieser Koalition? Dafür steht zu viel Hoffnung im Koalitionspapier. Klar, dass dieser Dreibund viele Feinde hat. Nicht wegen mangelnder Kompetenz. Mehr wegen der Ansteckungsgefahr. Im Herbst werden die Stühle im Bundestag neu sortiert. Jeder Erfolg dieses Berliner Modells kann die Ängste und Attacken der Nichtbeteiligten anheizen. Schon wegen der raschen und sachlichen Einigung über Grundfragen des Wohlbefindens der Stadt und ihrer Bürger. Auch wegen dem Ruck bei der Umsetzung des 100-Tage-Programms.

Jedes Schiff auf neuem Kurs muss riskante Manöver bewältigen. Da hört man Flüche auf der Kommandobrücke und auch mal den Ruf: „Mann über Bord!“ In diesem Fall war es Andrej Holm, der Staatssekretär aus dem Bausenat. Der ist parteiloser Experte und Vertrauensmann der Mieterbünde. Wehe dem neuen Senat, wenn die jahrelang versäumten Wohnbauten nur im Kriechgang wachsen, während die Mieten weiter galoppieren! Doch zeitgleich gibt es nun auch Terroropfer in der City, Ärger in Schönefeld und Kraftübungen hinter dem großen Teich. Bei solchen Wetterlagen geht Sicherheit vor Freiheit und Psychose vor Vernunft. In solchem Strudel von Ereignissen und Interessen wurde Andrej Holm genötigt, seine Kündigung einzureichen.

Es ist und bleibt aber fragwürdig, wenn 27 Jahre nach dem Sturm auf die Stasizentrale diesem Soziologen angelastet wird, dass er kurze Zeit mit dieser Behörde verbunden war und in der Wendezeit nicht auf seine Bewerbungen schrieb: „Vorsicht – Stasiknecht!“ Mir scheint wichtiger, dass er keinem Menschen geschadet hat und 15.000 Einwohner als Befürworter seiner Amtsführung an seiner Seite hat.

Das Bundesverfassungsgericht lehnte übrigens zeitgleich ein Verbot der faschistoiden NPD ab, weil (sinngemäß) deren Rassenbanden den Bestand der Bundesrepublik nicht gefährden können. Na fein!

Da fühlt man sich im Fall Holm doch gleich an den „Radikalenerlass“ von 1972 erinnert, als westlich der Elbe tausende Postboten, Lokführer und Pädagogen entlassen wurden, da man eine „linke Gesinnung“ befürchtete. Altkanzler Willy Brandt nannte die „Berufsverbote“ später einen „bedauerlichen Irrtum“. Der heutige SPD-Landeschef in Berlin, Michael Müller, muss das vergessen haben. Auch, dass Berlin eine „Werkstatt der Einheit“ sein soll. Wo lässt sich das üben, wenn nicht in dieser Troika?

**Arthur Paul**

## Endlich hat auch Mitte eine Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße

**Es ist geschafft: Die Einemstraße, die vom Nollendorfplatz bis zum Lützowplatz reicht, trägt seit 15. Dezember 2016 durchgehend den Namen Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße.**

Nachdem der Bezirk Tempelhof-Schöneberg bereits 2013 den ersten Teil der Straße umbenannt hatte, hatte sich die Umsetzung des entsprechenden BVV-Beschlusses in Mitte durch die Klage einer Anwohnerin verzögert.

Der Jurist Karl Heinrich Ulrichs (1825-1895) war ein Pionier der Bewegung für die Rechte von Homosexuellen, die er nach der griechischen Göttin Aphrodite Urania „Urninge“ nannte (den Begriff „Homosexualität“ gab es noch nicht). In seinen Schriften entwickelte Ulrichs ab 1864 eine Theorie unterschiedlicher geschlechtlicher Identitäten, durch die er den Status der „mannmännlichen Liebe“ als natürliche Veranlagung begründete. Gesetze, die homosexuelle Akte als „widernatürlich“ unter Strafe stellten, lehnte er deshalb als ungerecht ab. Als er diese Haltung in einer Aufsehen erregenden Rede auf dem deutschen Juristentag 1867 vertrat und sich selbst als „Urning“ bekannte, verjagte ihn das empörte Publikum vom Podium.

Auf der entgegengesetzten Seite des politischen Spektrums stand Karl von Einem (1853-1934). Der preußische Offizier und Kriegsminister erklärte am 29. November 1907 im Reichstag: „Mir sind diese Leute ekelhaft und ich verachte sie“, und stellte Homosexuelle in der Armee vor die Alternative, entweder auszutreten oder „vernichtet“ zu werden. Als erklärter Antidemokrat begrüßte Einem die Machtergreifung der Nationalsozialisten, die sich bei ihm mit der Benennung von Straßen und Plätzen bedankten. Eine Revidierung dieser Ehre war also lange überfällig. Übrigens: In seinen Ansichten war Ulrichs nicht nur

der Rechtswissenschaft, sondern auch der Arbeiterbewegung seiner Zeit voraus. In seiner Schrift „Vindicta“ verteidigte er den Sozialdemokraten Johann Baptist von Schweitzer, der zuvor wegen angeblicher „öffentlicher Verübung einer unsittlichen Handlung“ mit einem Minderjährigen ange-



klagt worden war. Engels verriss den Text in einem Brief an Marx vom 22. Juni 1869 und beschimpfte Ulrichs als „Päderasten“, der „die Schweinerei in eine Theorie umsetzt“. Dass DIE LINKE in Berlin sich für die späte Würdigung Ulrichs' eingesetzt hat (so bereits 2012 in einer Erklärung von Landesvorstand und Bezirksvorstand Mitte), zeugt auch von der Lernfähigkeit dieser Bewegung.

**Markus Wollina**

### Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 93. Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer
- zum 90. Rosemarie Belda, Eva Gumpel, Horst Tinz
- zum 89. Anneliese Lindner
- zum 88. Hans-Joachim Buchwald, Edith Kehr, Eberhard Röhner
- zum 87. Siegfried Schiller, Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 85. Katharina Prosetzky
- zum 84. Günter Fuhrmann, Erna Funk, Ulla Plener, Hildegard Rutekolk
- zum 83. Werner Vogel, Annemarie Wenzel
- zum 82. Günter Poppe
- zum 81. Rolf Richter, Käthe Wetzel, Manfred Wolf
- zum 80. Rosemarie Giese, Helmut Möller, Siegfried Wein
- zum 75. Klaus Kionke
- zum 70. Ellen Brombacher, Herbert Butter

#### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE

**Geschäftsstelle:**  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

**E-Mail-Adresse:**  
info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

**Satz + Druck:**  
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

**Redaktionsschluss:** 23.01.2017

**Ausgabetag für Nr. 03/2017 – 02.03.2017**